



Protokoll

Jugendhilfeausschuss | Sitzung
17. März 2021, 16:30 Uhr bis 17.45 Uhr
öffentlich
Rathaus am Markplatz, Bürgersaal
Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz
Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 34
Abwesende Mitglieder: 3

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet **der Vorsitzende** Frau Rohfleisch (Caritasverband Karlsruhe e. V.), Herrn Schmidt (stja), Frau Dr. Ullmann (AKF)

Im Anschluss stellt **der Vorsitzende** Frau Susanne Rohfleisch, Caritasverband Karlsruhe e. V., als neues Mitglied im Jugendhilfeausschuss vor.

Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal.

TOP 1 **Unbürokratische schnelle Familienhilfe im Rahmen der Frühen Prävention**

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Herr Nees (SJB) begrüßt die Anwesenden und weist daraufhin, dass der Antrag der Grüne-Fraktion „Frühe Prävention“ aufgegriffen worden sei. Für Familien sei es früher ein kompliziertes Verfahren gewesen, um im Notfall Hilfe zu erlangen, insbesondere da zuerst die Entscheidung der Krankenkassen abgewartet werden musste. Nun habe man das Verfahren dahingehend geändert, dass innerhalb einer Woche eine Hilfezusage durch die Stadtverwaltung erfolgen kann, danach erfolge die Absprache mit den Krankenkassen. Dieses Verfahren werde bereits praktiziert und es lasse durch den Anstieg der Fallzahlen um circa 10 bis 15 Fälle erkennen, dass der Zugang zur Hilfe für Familien verbessert wurde.

Frau Stadträtin Fahringer (GRÜNE) dankt für die Erläuterung des Verfahrens. Es stelle eine deutliche Erleichterung für die Familien dar und es sei wichtig, diesen unter die Arme zu greifen.

Herr Stadtrat Schnell (AfD) nimmt Bezug, dass dieses neue Verfahren seit 2020 laufe, und fragt, wie die Erfahrungen bei der Geltendmachung der Kosten seien.

Frau Frey (StA Durlach) findet das Verfahren großartig und fragt, wie diese Hilfe niederschwellig an die Familien herangetragen werde.

Herr Nees (SJB) erläutert, dass grundsätzlich Familien mit Kindern bis 14 Jahren für dieses Hilfsangebot in Betracht kommen. Die Informationen über dieses Hilfsangebot erfolgen über Netzwerke „Frühe Prävention“, über Eltern-Cafés sowie über Beratungsangebote wie beispielsweise beim Sozialen Dienst.

Herr Gleitz (SJB) bestätigt, dass die Abrechnung mit den Krankenkassen gut laufe.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt das optimierte Verfahren zur Bewilligung von Hilfen gemäß §20 SGB VIII „Hilfe für Kinder in Notsituationen“ zur Kenntnis.

Der Vorsitzende stellt die Befangenheit von Frau Rohfleisch, Caritasverband Karlsruhe e. V. bei TOP 2 fest und sie verlässt den „Sitzungsraum“.

TOP 2 Aufnahme neuer Kita-Projekte in die Bedarfsplanung

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Herr Metz (SJB) berichtet, dass drei Kita-Projekte zur Aufnahme in die Bedarfsplanung anstehen, wovon eines einen Trägerwechsel betreffe.

Das erste Projekt befände sich in Rintheim, im Technologiepark, wo die LTC-GmbH einen Unternehmenscampus erbaut hat. Hier sei eine 1-gruppige betriebliche Kindertageseinrichtung mit 10 Plätzen für Kinder unter drei Jahren in Form einer haftungsbeschränkten gUG realisiert worden. Hiervon sollen fünf Plätze öffentlich zugänglich sein. Corona-bedingt werde der Betrieb erst Ende 2021 oder Anfang 2022 aufgenommen werden.

Das zweite Projekt sei eine Erweiterung der Wald- und Naturkita „Dachsbau“ in Durlach. Ab 1. Juni 2021 solle eine weitere Gruppe mit 20 Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren betreut werden. Es bestehe eine große Nachfrage im Bezug auf die waldpädagogische Konzeption. Der Träger habe ein tolles Angebot in guter Kooperation mit dem Forstamt geschaffen. Die Verwaltung spreche sich für diese zusätzliche Waldgruppe aus.

Das dritte Projekt betreffe das ehemalige Gemeindezentrum St. Barbara in Daxlanden. 2019 sei der Betriebsträger Espira Kinderbetreuung GmbH in die Bedarfsplanung aufgenommen worden. Auf Grund eines Vormietrechts für diese Räumlichkeiten habe der Caritasverband Karlsruhe e. V. die Trägerschaft der Bestandskita St. Barbara übernommen und wolle die neuen Räume mit dem Bestand zu einer 8-gruppigen Einrichtung zusammenlegen.

Herr Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.) sowie **Herr Friedrich (stja)** sind während der Einführung von **Herrn Metz (SJB)** erschienen.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE) hält es für eine spannende Vorlage, welche mit Interesse in der Öffentlichkeit verfolgt werde. Zum einen durch den Waldkindergarten, der den Drang nach draußen widerspiegele, und zum anderen ein Trägerwechsel. Grundsätzlich gehe der

Weg in die richtige Richtung. Ihn würde interessieren, wie die Bedarfsentwicklung grundsätzlich im Hinblick auf die Geburtenentwicklung sei. Er würde sich freuen, wenn diese Information nachgereicht werden würde.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR) findet es wichtig zu erfahren, aus welchem Grund ein Trägerwechsel stattgefunden habe, und ob dies mit der Kritik über die Unzuverlässigkeit an dem Träger Espira zu tun habe.

Herr Stadtrat Schnell (AfD) möchte wissen, wie die Auslastung der bestehenden Kitas getrennt nach Altersgruppen sei, und ob es sich um eine freiwillige Aufgabe handle, da in der Vorlage der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz erwähnt werde.

Herr Metz (SJB) erklärt, dass aktuell eine neue Bedarfsplanung in Bearbeitung sei. Zu dem Trägerwechsel führt er aus, dass dies nichts mit der Kritik an dem Kita-Betreiber Espira zu tun habe, sondern durch das Vormietrecht der katholischen Kirche bedingt war. Espira sei über das Vormietrecht informiert worden und habe auch ein Angebot an den Vermieter gemacht, doch letztendlich habe die katholische Kirche den Zuschlag erhalten. An Herrn Stadtrat Schnell (AfD) gewandt sei zu sagen, dass die Kita-Plätze für Kinder unter drei Jahren stets alle zügig vergeben werden. Das gleiche gelte für die Plätze für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt. Derzeit könne man corona-bedingt die Gruppen über den Normalschlüssel hinaus belegen.

Der Vorsitzende ergänzt, dass ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz gegeben sei. Die Bedarfsentwicklung werde man weiterhin betrachten und eine Prognose hierzu erstellen. In diesem Bereich handle es sich nicht um überraschende oder freiwillige Ausgaben. Da derzeit im Sozialbereich ein hohes Niveau gegeben sei, könne es die Stadt Karlsruhe verkraften, wenn die Finanzmittel begrenzt eingefroren würden und man eventuell das eine oder andere Projekt etwas strecken müsse.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die Aufnahme von zwei neuen Kita-Projekten mit 10 Plätzen für Kinder unter drei Jahren sowie 20 Plätzen für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt in die Bedarfsplanung und die Bereitstellung der in der Vorlage genannten Finanzmittel zu beschließen.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, der Änderung der Betriebsträgerschaft für das Kita-Projekt in Daxlanden und der entsprechenden Änderung in der Bedarfsplanung zuzustimmen.

Frau Rohfleisch (Caritasverband Karlsruhe e. V.) kehrt ins Gremium zurück.

TOP 3 Bedarfsgerechte Erhöhung der förderfähigen Plätze für die praxisintegrierte Erzieherinnen- und Erzieherausbildung (PiA) sowie für Auszubildende der Fachrichtung Jugend- und Heimerziehung (FJH)

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau König (SJB) erläutert, dass es von Beginn an galt, eine Gleichbehandlung aller Träger zu erzielen. Das Verfahren sei bisher so gewesen, dass im Oktober eine Abfrage bei den

Trägern erfolgte und eine Rückmeldung im Dezember zu verzeichnen war. Für die Verteilung der 150 zur Verfügung stehenden PiA-Plätze sei eine sorgfältige Prüfung und Mitteilung an die jeweiligen Träger erforderlich gewesen. Die PiA-Platz-Bewerber, die in der ersten Runde nicht zum Zuge gekommen sind, seien bis zur Ermittlung, ob noch freie Plätze zur Verfügung stehen, in einer Warteschleife gewesen. Einige der Bewerber hätten sich daher umorientiert und seien letztendlich weggefallen. Damit seien für die Träger weitere Bewerbungsverfahren nötig gewesen, und am Ende seien nicht alle 150 Plätze ausgeschöpft worden. Das neue Verfahren solle nun für jeden Träger je Kita einen PiA-Platz bieten. Die Träger seien damit in der Lage, bedarfsgerecht zuteilen zu können. Beispielsweise könne ein Träger dann auch an einem Standort zwei Bewerber gleichzeitig ausbilden, wenn er die Kapazität habe. Das Bewerbungsverfahren würde sich vereinfachen, was auch den kleineren Trägern entgegen käme, und es würden keine Bewerber mehr verloren gehen.

Frau Stadträtin Melchien (SPD) erinnert sich, dass es eine Kraftanstrengung gewesen sei, die PiA-Plätze einzurichten. Über die gute Arbeit sowie über das neue Modell sei sie sehr froh. Bei den bisherigen 150 Plätze hätte man kein gutes Gefühl gehabt, ob jeder Bewerber einen Platz erhalten könne. Diese Vorlage sei nun ein verlässliches Modell für die Träger und werde von der SPD unterstützt, jedoch seien auch Bedenken bezüglich der Haushaltsentwicklung gegeben.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) begrüßt diese Vorlage ebenfalls, insbesondere da im Herbst 2020 der Wunsch nach einem optimierten Verfahren geäußert worden sei. In der gestrigen Vorbesprechung sei festgestellt worden, dass nach diesem Modell bis zu 205 PiA-Plätze eingerichtet werden könnten. Interessant sei zu wissen, wie viele Kitas die einzelnen Träger haben und ob es faktisch möglich sei, dass weniger PiA-Plätze als bisher vergeben würden. Es solle vergleichbar bleiben, denn die Ausbildungsplätze würden benötigt. Die neue Planungssicherheit für die Träger werde gesehen, deshalb stimme sie der Vorlage heute zu, bittet jedoch darum, noch Daten nachzureichen.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR) findet es stets erfreulich, Bürokratie abzubauen und dies sei hier der Fall. Es sei für die Träger eine tolle Sache, dass 88 Prozent der Personalkosten übernommen würden, jedoch stelle sich die Frage, ob dies auch derzeit geleistet werden könne. Die Anrechnung auf den Stellenschlüssel wäre seiner Meinung nach noch zu prüfen.

Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU) erklärt, dass es eine gute Sache sei, das Verfahren schlanker zu gestalten. Sie stellt sich jedoch die Frage, wie die Vorlage kostenneutral sein könne, wenn zukünftig bis zu 205 PiA's bezuschusst werden müssten. Schließlich solle das Verfahren auch über das erste Jahr hinaus Bestand haben und nicht wieder zurückgenommen werden, wenn es sich etabliert habe.

Herr Stadtrat Schnell (AfD) stimmt seiner Vorrednerin im Punkt der Kostenneutralität zu. Außerdem habe er ein Problem mit der Formulierung „bedarfsgerecht“. Seiner Meinung nach sei hier die Anzahl der Menschen, die die Ausbildung nicht beenden, doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Er fragt sich, ob es nicht sinnvoller wäre, die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber zu verbessern, um damit auch die Abbrecherquote zu verringern. Man dürfe nicht vergessen, dass die Träger auch ohne Zuschuss ausbilden dürften. Der Fokus solle auf dem Bedarf an Erzieherinnen und Erzieher liegen.

Frau Frey (StA Durlach) gibt zu erkennen, dass sie zuerst auch über die 440 Azubis, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben, gestolpert sei. Es sei jedoch zu bedenken, dass sich

noch ein Teil der Azubis in Ausbildung befinde. Damit senke sich die Abbruchquote auf 20 Prozent. Sie würde eine Evaluation nach zehn Jahren vorschlagen. Hierbei sei dann auch die Abbruchquote und wie viele der Ausgebildeten im Anschluss in Karlsruhe bleiben zu betrachten. Danach zeige sich möglicherweise deutlicher, dass die Unterstützung wert sei, fortgeführt zu werden.

Frau König (SJB) stellt klar, dass die Verwaltung nach 5 Jahren evaluieren wolle, um zu sehen, wie viele Fachkräfte für die Einrichtungen gewonnen werden. Die Träger müssten keine Anträge mehr stellen und seien damit in der Lage, den Bewerbern bereits im September eine Zusage zu erteilen, was bedeute, dass die Auszubildenden noch im gleichen Jahr starten könnten. Unabhängig von der Größe könne jede Einrichtung ausbilden, was dem Ziel diene, Fachkräfte zu gewinnen. Es sei davon auszugehen, dass nicht alle möglichen 205 Plätze belegt werden, da nicht jede Einrichtung die Kompetenzen zum Ausbilden vorhalte und manche Einrichtungen hin und wieder pausieren werden, da die Ausbildung einen hohen Aufwand für sie darstelle. Die Kostenentwicklung wird mit jeder neuen Aufnahme eines Trägers bekannt sein.

Frau Langeneckert (Dir. SJB) ergänzt, dass man geprüft habe, wie es in der Vergangenheit gewesen sei. Dabei habe die Verwaltung festgestellt, dass jedes Jahr beträchtliche Mittel nicht verbraucht wurden, denn es werde immer nur das bezuschusst, was auch tatsächlich stattgefunden habe. Daher sehe die Stadtverwaltung derzeit keine höheren Ausgaben. In den Folgejahren könne die Anzahl der Einrichtungen steigen, und dies könne auch eine Erhöhung der Ausgaben nach sich ziehen. In diesem Falle wäre zukünftig eine mögliche Anrechnung auf den Stellenschlüssel als Stellschraube in Betracht zu ziehen.

Der Vorsitzende betont, dass dieses Projekt bis heute auf Bundesebene ein Vorbild sei. Der Evaluation stimme er zu, ein 10-Jahresbericht (2013 bis 2022) in 2023 sei gut. Danach könne man eventuell mögliche Missverständnisse ausräumen. Grundsätzlich werde nur das Geld ausgegeben, das im Gemeinderat beschlossen werde.

Frau Stadträtin Fahringer (GRÜNE) fragt an, wie denn die Sicht der Träger zu diesem Verfahren sei.

Herr Barton (AWO) klärt auf, dass die Träger den Antrag unterstützen. Es sei eine sehr gute Vorlage, inhaltlich werde zugestimmt. Die PiA-Plätze seien neben der klassischen Ausbildung ein wichtiger Zweig. Zu Herrn Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR) teilt er mit, es sei korrekt, die Träger erhalten 88 Prozent der Personalkosten als Zuschuss. Es gebe jedoch einen Rechtsanspruch auf Kita-Plätze als erste Bildungseinrichtung und die Träger würden von der Stadt beauftragt, diese Dienstleistung zu erbringen. Wer beauftragt, müsse auch zahlen, zumindest sei dies bei Handwerkern so üblich. Zur Aussage von Herrn Stadtrat Schnell (AfD) bestätigt er, dass die Träger auch ohne öffentliche Hand ausbilden können, es stelle sich jedoch die Frage, wer dann das Entgelt aufbringt. Kitas seien nicht gewinnbringend und somit könne man auch das Geld für Azubis nicht aufbringen. Die Träger würden sich nicht auf dem freien Markt bewegen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat mehrheitlich bei 4 Enthaltungen und keinen Nein-Stimmen, der Vorgehensweise zur bedarfsgerechten Erhöhung der PiA/FJH-Plätze zuzustimmen und die entsprechende Änderung der „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ gemäß der Anlage 2 rückwirkend zum 1. März 2021 zu beschließen.

TOP 4 Neue Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen in Karlsruhe; hier: Änderung der „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau Dasting (SJB) zeigt auf, dass die Vorlage die Umsetzung der Gemeinderatsentscheidung aus dem letzten Jahr sei.

Frau Stadträtin Melchien (SPD) dankt für die Vorlage und stimmt zu, dass es in den Haushaltberatungen ausführlich diskutiert wurde. Es sei entschieden worden, es sich zu leisten zu wollen, den Erstkinderzuschuss zu erhöhen. Dies zielt auf ein einheitliches Niveau ab. Man könne zwar nicht jedes Jahr große Sprünge machen, freue sich jedoch, dass auch die Kostenbeiträge gesenkt werden. Es war ihrer Fraktion ein Anliegen, in Anbetracht der Lage die Beiträge stabil zu halten. Sie fragt, wo man einen aktuellen Flyer zu „einkommensabhängige Beiträge“ erhalten könne, und wie dessen Existenz kommuniziert werde. Schließlich müssten die Personen, die von der Vorlage profitieren, in Kenntnis gesetzt werden.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE) schließt sich **Frau Stadträtin Melchien (SPD)** an. Man werde sich in der aktuellen Haushaltslage auch der Diskussion mit anderen stellen müssen.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR) stellt in Frage, ob die Stadt Karlsruhe sich das leisten könne. Er sei nicht grundsätzlich gegen diese Vorlage, habe jedoch Bedenken, dass möglicherweise andere Bereiche zu kurz kommen könnten. Es gebe genug Eltern, die bereit seien, für eine gute Qualität die entsprechenden Beiträge zu leisten, und die Eltern mit geringem Einkommen seien ohnehin schon beitragsfrei gestellt. Es sei jetzt nicht die richtige Zeit.

Herr Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.) schließt sich an. Da Vertrauen ein wichtiges Gut sei, müsse die Entscheidung auch verlässlich sein und nicht möglicherweise wieder zurückgenommen werden müssen.

Beschluss: 1. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat mehrheitlich bei 5-Nein-Stimmen sowie keinen Enthaltungen, den Erstkinderzuschuss rückwirkend ab 1. März 2021 um fünf Prozent gerundet auf volle Euro anzuheben und entsprechend die „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ gemäß Anlage 1 rückwirkend zum 1. März 2021 zu ändern.

2. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, die Kostenbeiträge für die Kindertagespflege ab dem 1. März 2021 um fünf Prozent gerundet auf volle Euro zu senken.

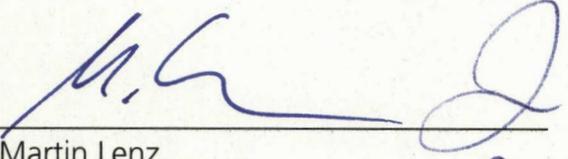
Herr Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.) sowie **Frau Grimm (Beirat für Menschen mit Behinderung)** haben um 17.45 Uhr die Sitzung verlassen.

Der Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nicht öffentlicher Teil.

Karlsruhe, den 19. März 2021

gesehen und genehmigt:


Martin Lenz
Bürgermeister

23.4.21


Carmen Edler
Schriftführerin